Prozentsatz des Einkommens aus Grundbesitz und Gewerbebetrieb von der Zuschlagsteuer frei zu lassen. Das ist einfach, kann aber zu ungleicher Behandlung der Censiten führen. Es brauchen diese Ungleichheiten indessen nicht sehr fühlbar und darum auch nicht drückend zu sein.

Jedenfalls muß eine Art der Einschätzung gewählt werden, welche einfach und leicht ist; also den mit der Einschätzung betrauten Behörden keinen sehr erheblichen Zuwachs an Arbeit bringt.

Es wird nützlich sein, wenn die Abgeordneten während der Weihnachtsferien diese Frage erwägen und mit denjenigen, welche die Einschätzung zu besorgen haben, besprechen. — Es ist zu erwarten, daß sich dann eine communis opinio herausbilden wird — und daß, mag der Weg der Vermögenssteuer oder der Steuer auf fundirtes Einkommen gewählt werden, diejenigen, deren Projekt nicht zur Geltung kommt, auch zufrieden sein können. — Man wird mit dem verewigten Herrn v. Meyer-Arnswalde sagen: „Es geht auch so!"

Gr. Peterwitz, 19. Dezember 1892.

Graf Limburg-Stirum.

Deutschland.

* **Berlin**, 23. Dezember. Angesichts der Ausdehnung und des garnicht mehr zu überschauenden Umfanges, den die mit dem Panama-Skandal zusammenhängenden Vorgänge annehmen, so schreibt man uns aus Paris, sind zwei Erscheinungen von hohem Interesse. Zunächst verdient bemerkt zu werden, daß in der französischen Presse die Rücksichtnahme auf die Eindrücke, welche die Vorgänge im Auslande hervorrufen und auf die Rückwirkungen, die sie bezüglich der Allianzfähigkeit Frankreichs ausüben müssen, fast gänzlich aufgehört hat und fast kein Blatt mehr sich auch nur die geringste Enthaltung auferlegt. Die einen lassen sich — und dahin gehören fast alle kleineren, aber am meisten verbreiteten Blätter — ausschließlich von der Skandalsucht leiten, die anderen betheiligen sich an den Enthüllungen in der guten Absicht, alle Schuldigen der Strafe zuzuführen und einen Reinigungsprozeß zu ermöglichen. Dazu gesellt sich noch das Streben der Parteiorgane, möglichst viel Schmutz auf die gegnerischen Parteien zu häufen, um hierdurch die eigenen Parteien in das Licht der Reinheit zu rücken. Die zweite Erscheinung ist, daß die Presse jener Staaten, die an dem Gedanken einer Allianz mit Frankreich festhalten, alles aufbietet, um die Republik gegen eine Schädigung durch den Panama-Skandal zu vertheidigen. In dieser Beziehung ist ganz besonders das Zusammenwirken der vatikanischen Organe mit einem großen Theil der russischen Presse bemerkenswerth. Man kann aus diesem Einklange die Lehre ziehen, daß der Gedanke einer französisch-russisch-vatikanischen Allianz in den Kreisen, welche hinter den erwähnten Organen stehen, tiefere Wurzeln gefaßt habe, als bisher im allgemeinen angenommen worden ist. Diese von den erwähnten Seiten ausgehenden Versuche, die Republik reinzuwaschen, werden aber voraussichtlich wenig fruchten. Der Skandal ist zu groß, als daß, selbst wenn wirklich alle Schuldigen ausfindig gemacht und der Strafe zugeführt werden sollten, die Gesellschaft wirklich gereinigt würde, der angerichtete moralische Schaden leicht wieder gut gemacht werden könnte. Unsere Berichte, die uns aus vatikanischen Kreisen, sowie aus Petersburg zugehen, lassen vielmehr annehmen, daß weder die Aeußerungen der vatikanischen Blätter, noch jene der russischen den wahren Eindrücken entsprechen, welche die französischen Vorgänge im Vatikan einerseits und in den höchsten russischen Kreisen andererseits hervorgerufen haben.

* **Berlin**, 23. Dezember. Noch beschäftigt der Fall Loewe und die auch bei dieser Gelegenheit hervortretende bedingungslose Solidarität des Judenthums alle Gemüther und schon kommt zu dieser „großen Sache" eine „kleine", die in ihrer Art ebenso bezeichnend ist.

Der Ehrengerichtshof in Leipzig hat den sozialdemokratischen jüdischen Rechtsanwalt, Reichstagsabgeordneten Stadthagen durch Urtheil vom 17. November d. J. aus der Rechtsanwaltschaft ausgeschlossen, und zwar nicht aus Gründen politischer Natur, sondern wegen Vergehen gänzlich unpolitischer Art, d. h. wegen Mitwirkung beim Zustandekommen eines betrügerischen Reverses und Gebührenüberhebung.

Dies ist der „ergebenen" Presse natürlich höchst unangenehm. Sie sucht deshalb zu beweisen, daß die „Politik" in dem Erkenntniß doch auch eine Rolle spiele, und beruft sich zu diesem Zwecke auf dessen Wortlaut selbst, insbesondere auf die Sätze, welche dem Verurtheilten vorwerfen, daß er den Stand der Berufsrichter und namentlich den der höheren Richter des „Streberthums" und der „Abhängigkeit von der Staatsgewalt" bezichtige. Indem er dies in öffentlichen Versammlungen behaupte, verletze er die Pflichten seines eigenen Berufes. Diese Ausführungen findet das „Berl. Tagebl." so charakteristisch, daß es sie im Zusammenhange mittheilt, um sodann der „Bresl. Zeitung" das Wort zu geben, welche der Ansicht ist, daß das Urtheil des Ehrengerichtshofes „so manches Kopfschütteln erregen werde." Denn der Vorwurf der „Abhängigkeit von der Staatsgewalt" enthalte keine Beleidigung des Richterstandes, der des „Streberthums" allerdings, es sei aber nicht einzusehen, inwiefern das gerade einem Rechtsanwalt besonders schwer angerechnet werden müsse u. s. w.

Wenn man sich nun der „flammenden Entrüstung" erinnert, mit welcher sich die gesammte jüdisch-liberale Presse gegen die im Vergleich zu den Behauptungen Stadthagens sehr rücksichtsvolle Kritik erhoben hat, welche von konservativer und antisemitischer Seite an gewissen Vorgängen auf dem Gebiete der Rechtspflege geübt worden ist, dann sieht man eben, daß diese Presse nur einen Maßstab hat: ob jemand ein Jude ist, oder nicht. Ist er es, dann mag er thun, was er will, „man haut ihn heraus", ist er es nicht, dann überläßt man ihn entweder sich selbst, oder man schlägt auf ihn los.

— Die „B. P. N." schreiben: Das Wahlgesetz dürfte gegenwärtig bereits im Kabinet des Kaisers sein. In demselben ist wie aus den Erklärungen, welche der Minister Herrfurth in der letztverflossenen Landtagstagung namens der Staatsregierung gelegentlich der freisinnigen Interpellation abgegeben hat, an der Grundlage des Dreiklassensystems festgehalten. Ebenso bestätigt sich die von uns anläßlich der bezüglichen Ausführungen des Ministers Herrfurth bei der Generaldebatte über die Steuerreformvorlage gemachte Angabe, daß, soweit die Steuerleistung dabei in Betracht kommt, nicht allein die Staatssteuern, sondern auch die kommunalen Steuern berücksichtigt werden sollen. Damit wird einer allzu plutokratischen Entwickelung des Wahlrechts aus derselben Gründen vorgebeugt, einmal, weil bei der vollen Berücksichtigung der auf Grundbesitz und Gewerbebetrieb zu legenden Gemeindeabgaben der Mittelstand in ungleich höherem Maße zur Geltung gelangt, als wenn allein die Staatssteuern in ihrer künftigen Gestaltung dem Wahlrecht zu Grunde gelegt werden, und zweitens, weil auf diesem Wege auch die wegen ihrer geringen Einkommen von der Staatssteuer befreiten, aber kommunalsteuerpflichtigen Wahlberechtigten mit dem Vollgewicht ihrer steuerlichen Leistungen bei der Abgrenzung der Klassen in die Wagschale fallen. Mit der Bestimmung, daß die Klasseneintheilung auf die gesammten Staats- und Kommunalsteuern basirt werden soll, erschöpfen sich aber die Bestimmungen des neuen Wahlgesetzes nicht. Insbesondere wird in demselben auch darauf Bedacht genommen, die Ungerechtigkeit zu vermeiden, welche daraus entstehen würde, daß man lediglich die in Form der Steuern abzutragenden Leistungen für öffentliche Zwecke berücksichtigt, aber die in anderer Form für den gleichen Zweck aufgebrachten Leistungen außer Acht läßt. Dies gilt namentlich auch bezüglich der Gutsbezirke, welche die im Gemeindeverbande in Form von Steuern aufgebrachten Leistungen für öffentliche Zwecke wie Wege-, Schul-, Armen- und ähnliche Lasten in anderer Form leisten. Diese würden, wenn ausschließlich die Steuerform für die Berücksichtigung der öffentlichen Leistungen zu Grunde gelegt würde, zweifelsohne in ungerechter Weise gegenüber den der Gemeindeverwaltung angehörigen Wahlberechtigten benachtheiligt werden. Es wird daher in dem Entwurf eines Wahlgesetzes für einen billigen Ausgleich in Bezug auf das Verhältniß der Wahlberechtigung der zu einem gemeinsamen Urwahlbezirk gehörigen Inhaber von Gutsbezirken und den übrigen Wahlberechtigten Bedacht genommen.

— Die im Reichs-Eisenbahnamt aufgestellte, in der Ersten und Zweiten Beilage zur heutigen Nummer des „R.- u. St.-Anz." veröffentlichte Uebersicht der Betriebs-Ergebnisse deutscher Eisenbahnen für den Monat November d. J. ergiebt für die 70 Bahnen, welche auch schon im entsprechenden Monat des Vorjahres im Betriebe waren und zur Vergleichung gezogen werden konnten, mit einer Gesammtbetriebslänge von 37 491,48 km folgendes: Im November d. J. betrug die Einnahme: a. aus dem Personenverkehr im ganzen 22 713 552 M. oder 557 656 M. mehr als in demselben Monat des Vorjahres auf 1 km Betriebslänge 617 M. oder 0,82 pCt. mehr als in demselben Monat des Vorjahres; b. aus dem Güterverkehr: im ganzen 75 170 285 M. oder 3 393 597 M. mehr als in demselben Monat des Vorjahres, auf 1 km Betriebslänge 2011 M. oder 3 02 Proz. mehr als in demselben Monat des Vorjahres. In der Zeit vom Beginn des Etatsjahres bis Ende November d. J. betrug die Einnahme: A. Bei denjenigen Bahnen, deren Rechnungsjahr die Zeit vom 1. April bis 31. März umfaßt. a. aus dem Personenverkehr: im ganzen 197 279 955 Mark oder 2 196 342 M. weniger als in demselben Zeitraum des Vorjahres, auf 1 km Betriebslänge 6657 M. oder 2,56 Proz. weniger als in demselben Zeitraum des Vorjahres; b. aus dem Güterverkehr: im ganzen 466 733 546 M. oder 4 707 659 M. weniger als in demselben Zeitraum des Vorjahres, auf 1 km Betriebslänge 15 486 M. oder 2,45 pCt. weniger als in demselben Zeitraum des Vorjahres. B. Bei denjenigen Bahnen, deren Rechnungsjahr mit dem Kalenderjahre zusammenfällt, a. aus dem Personenverkehr im ganzen 59 081 185 M. oder 183 082 M. weniger als in demselben Zeitraum des Vorjahres, auf 1 km Betriebslänge 8521 M. oder 0 93 pCt. weniger als in demselben Zeitraum des Vorjahres; b. aus dem Güterverkehr; im ganzen 108 181 636 M. oder 2 504 502 M. weniger als in demselben Zeitraum des Vorjahres, auf 1 km Betriebslänge 15 451 M. oder 2,86 pCt. weniger als in demselben Zeitraum des Vorjahres. Eröffnet wurden: am 1. November d. J. die Strecken Kollaten—Bajohren 11,35 km, Tilsit—Ragnit 13,17 km, Stallupönen—Pillkallen 17 69 km (Königliche Eisenbahn-Direktion zu Bromberg). Ohrdruf—Gräfenroda 18,59 km (Königliche Eisenbahn-Direktion zu Erfurt) und Taubenheim—Dürrhennersdorf 12,04 km (Königlich sächsische Staatseisenbahnen), am 3. November die Strecke Schmalkalden—Floh-Seligenthal 5,35 km (Königliche Eisenbahn-Direktion zu Erfurt) und am 15. November die Strecke Falkenstein—Muldenberg 10,21 km (Königlich sächsische Staatseisenbahnen).

— Die Nummer 48 des Reichs-Gesetzblattes enthält die Verordnung über die Inkraftsetzung des Gesetzes, betreffend die Prüfung der Läufe und Verschlüsse der Handfeuerwaffen. Vom 20. Dezember 1892; und die Bekanntmachung, betreffend die Anwendung der vertragsmäßig für die Nummern 9a, bα, bβ, bγ, bε, c, dα, e (Mais) und f (gemalzte Gerste) des deutschen Zolltarifs bestehenden Zollsätze auf die rumänischen Erzeugnisse. Vom 22. Dezember 1892.

Darmstadt, 21. Dezember. [Erklärung.] Die Regierung hat gegenüber einer an die zweite Kammer gebrachten Petition wegen Aufhebung des Ordensgesetzes und Revision des Volksschulgesetzes erklärt, daß es zur Zeit nicht in ihrer Absicht liege, eine Durchsicht dieser Gesetze vorzunehmen. (K. Z.)

Vom allgemeinen konservativen Parteitage.

Die Rede des Herrn Dr. Klasing-Bielefeld lautet nach stenographischer Aufzeichnung wörtlich:

Rechtsanwalt Dr. Klasing-Bielefeld: Meine Herren, ich bin von einer größeren Anzahl Parteigenossen beauftragt, einen Abänderungsantrag zu dem Programm einzubringen, und ich habe gleichzeitig den Auftrag erhalten, ihn auch mit kurzen Worten zu begründen. Der Antrag befindet sich gedruckt auf allen Tischen, und ich bitte Sie, sich gefälligst dieser Druckexemplare zu bedienen.

Wir Antragsteller sind im allgemeinen mit Befriedigung erfüllt über das Programm, welches uns vorgelegt worden ist; wir erkennen bereitwillig und mit großem Danke an, daß unser Zentralvorstand unter Ueberwindung großer Schwierigkeiten ein Programm geschaffen hat, welches im allgemeinen den berechtigten Wünschen vollkommen genügt. Dabei bin ich der Ansicht, daß der Vorwurf, als leide dieses Programm an einer Schwülstigkeit und an einem Ueberfluß an Worten, im allgemeinen nicht begründet ist. Wenn man vorurtheilsfrei und ruhig die einzelnen Punkte dieses Programms durchliest, so wird man finden, daß dieser Entwurf die Wünsche, welche in der konservativen Partei heute gehegt werden, in durchaus richtiger Weise in Worte setzt. Wir sind uns vollkommen dessen bewußt, daß die konservative Partei an einem Wendepunkt steht, wie er wichtiger und schärfer vielleicht noch nicht dagewesen ist. Wir haben in der Provinz im allgemeinen den Eindruck, als wenn die konservative Partei nicht immer und nicht an allen Stellen mit derjenigen Energie und mit demjenigen Nachdruck vorgegangen ist, welcher den Wünschen der Partei im Lande entspricht. (Sehr richtig!)

Wir glaubten zu beobachten, daß in vielen Fällen — m. [illegible] wurde es so genannt; vielleicht kann man das Wort in doppeltem Sinn gebrauchen — eine gewisse Courtoisie obwaltete, und wir dachten, daß die häufige Anwesenheit in Berlin bei vielen unserer Parlamentarier die Energie der Entschließung, die Härte und Stärke des Rückgrats (sehr richtig!), die Anspannung der Muskulatur zu beeinträchtigen geeignet wäre.

Meine Herren, die konservative Partei im Lande harrt mit athemloser Spannung auf das Resultat dieses Parteitags (sehr richtig!) und sie ist sich dessen bewußt, daß heute der Kampf entschieden werden muß zwischen dem Opportunismus und dem konservativen Prinzip. Meine Herren, wir sind des Opportunismus satt (Bravo!); wir verwerfen und wollen zurückdrängen die Einflüsse, welche auf dem Boden des Opportunismus die aktuelle Kraft der konservativen Partei seit Jahren gelähmt haben. (Bravo!) Dazu brauchen wir sowohl einen festen Boden unter den Füßen, als auch feste Männer. Wir brauchen einen festen Boden unter den Füßen und begrüßen es deshalb mit Freude, daß die Partei in eine Revision ihres Programms eingetreten ist, daß die Partei in den Städten und die Partei im Lande zusammenberufen ist. Wir freuen uns, daß Sie in Heerschaaren hierher gekommen sind um an der Wiedergeburt der konservativen Partei theilzunehmen. (Bravo!)

Meine Herren, das Programm entspricht im wesentlichen unseren Wünschen. Aber es ist ein offenes Geheimniß, daß schon in der Geburtsstunde dieses Programms sich Bestrebungen des Opportunismus hineingedrängt haben, daß eine gewisse Richtung der konservativen Partei es sich zur Aufgabe gemacht hat, das Kind gewissermaßen in der Geburt zu ersticken. Man will eine Latitüde lassen in der Auslegung, man will freie Hand behalten, ob es überhaupt ein Programm ist oder nicht. Von Anfang an trat das Bestreben hervor, eine Situation zu schaffen, in der man sagen konnte: wir sind die altkonservative Partei; was da gemacht wird, ist etwas Neues oder überhaupt nichts; es ist kein Programm; es sind fromme Wünsche; es hat den Charakter einer gelegentlichen Meinungsäußerung. Man wollte eine Situation schaffen, wobei man sich später auf einen Standpunkt stellen konnte, wie man wollte, und welche es ermöglichte, die feste, prinzipielle Entschlossenheit der Partei wieder in Frage zu stellen. Das war ja schon lange ein öffentliches Geheimniß. Es war ja bekannt, daß die Einzelheiten dieses Programms das Resultat eines Kompromisses innerhalb dieser Richtungen waren; man hatte der opportunistischen Richtung in der konservativen Partei die Konzession gemacht, mit einer — nach meiner Meinung — gewissen Unklarheit dem Opportunismus die Möglichkeit zu lassen, sich dem festen und unwiderstehlichen Zwang des neuen Programms zu entziehen; man war ihm dafür entgegengekommen, daß man ihm eine gewisse Freiheit ließ, sich einmal auf das Programm von 1876 zu stützen und dadurch die volle Bedeutung des heute von uns zu beschließenden Programmes abzuschwächen. Wie überhaupt allen Regungen des Opportunismus innerhalb der konservativen Partei, so wollen wir namentlich diesem gefährlichen Bestreben, den Keim des Unterganges bei der Geburt in das Programm hineinzulegen, auf das entschiedenste entgegentreten. (Bravo!)

Und diesem Zwecke dient der erste Punkt unseres Antrages.

Wenn man darüber noch im Unklaren gewesen wäre, was man von Seiten des Opportunismus mit der Einleitung, wie sie uns vorgeschlagen wird, bezweckt, so mußte jeder Zweifel gehoben werden durch einen Artikel des „Konservativen Wochenblattes", welcher ja mit außerordentlich dankenswerther Deutlichkeit die letzten Ziele des Opportunismus zu erkennen giebt. Dieses „Konservative Wochenblatt", für welches der Führer des Opportunismus in der konservativen Partei ausdrücklich die Verantwortung übernommen hat, macht mit einer gewissen Verhöhnung der Partei die Liberalen und überhaupt die ganze öffentliche Welt darauf aufmerksam, daß es doch eine höchst unmotivirte Behauptung gewisser konservativer Preßorgane sei — d. h. der führenden Blätter, der „Kreuzzeitung" u. s. w. —, daß man nunmehr ein neues vollgültiges, dem alten gleichwerthiges Programm ausgeben wolle. Dann heißt es:

> Zwei Programme, etwa eins für den Sommer und eins für den Winter, können wir doch nicht haben, und andererseits überhebt uns die Thatsache, daß man dieses neue Programm als erst in zweiter Linie maßgebend in Anspruch nimmt, der Nothwendigkeit, eine Kritik überhaupt anzusetzen.

Vollständig zielbewußt und mit voller Deutlichkeit soll durch diese vor dem Parteitag erfolgte Veröffentlichung die Situation dahin gekennzeichnet werden, daß wir, wenn wir die heutige Einleitung annehmen, damit der Ansicht Ausdruck geben, daß wir mit der Deutung, die dieser Artikel giebt, einverstanden sind. Nach diesem Artikel ist jede Möglichkeit beseitigt, die Einleitung, wie sie ist, stehen zu lassen. (Sehr richtig!)

Es sind aber auch andererseits die Voraussetzungen, welche unsere Zentralstelle bei dem Kompromiß hatte und von welchen aus man der Ansicht sein konnte, daß wir noch gebunden waren an diese Abreden, thatsächlich hinweggefallen. Mit einem Hohn ohne gleichen setzt sich die Seite, der zu Liebe man ein Kompromiß geschlossen hat, der man Konzessionen gemacht hat, über ihre sich daraus ergebenden Verpflichtungen hinweg; sie weist das Entgegenkommen nicht nur zurück, sondern mit Hohn zurück und giebt schon heute der liberalen Presse die Waffen in die Hand, mit denen sie uns — und nach meiner Ansicht auch wirksam — wird bekämpfen können. Angesichts dieser Situation müssen wir absolute Klarheit schaffen. Wir haben uns deshalb erlaubt, zu beantragen:

> in Erwägung, daß die Einleitung zum Programm-Entwurf zu dem Mißverständnisse führen kann, daß nunmehr zwei Programme bestehen,
>
> Den einleitenden Satz wie folgt zu fassen: „Die deutsche konservative Partei hält es für geboten, in Anlehnung an die bewährten Grundsätze, welche in ihrem Programm von 1876 ausgesprochen sind, zu den wesentlichen Aufgaben der Gegenwart in nachstehendem Programm Stellung zu nehmen."

Meine Herren, wir waren im Zweifel, ob es nicht richtiger wäre, die ganze Einleitung, in Bezug auf welche wirklich vielleicht der Vorwurf berechtigt ist, daß sie nicht gerade an Mangel an Worten leide, wegfallen zu lassen und einfach den Satz zu schreiben: Programm der konservativen Partei. Diese Meinung fand gewissen Anklang; indessen wurde von sehr gewichtiger Seite hervorgehoben, daß die Kontinuität gewahrt werden müsse, daß wir auch äußerlich und in der Form den Zusammenhang mit dem Programm von 1876 nicht fallen lassen dürfen. Es wäre ja eine Möglichkeit, daß eine Gruppe der Partei es für geeignet halten könnte, sich abzusondern. Wir in der Provinz stehen auf dem Standpunkt, daß wir dieser Eventualität mit großer Ruhe entgegensehen und daß uns diese Weiterentwickelung nach dieser Richtung hin in einer außerordentlich kühlen und vorbereiteten Stimmung findet.

Aber es wurde von sehr gewichtiger Seite hervorgehoben, daß man einen gewissen Schein von Recht denen zugestehen könnte, welche da sagen: „Wir bleiben auf dem alten Programm von 1876; diejenigen, die ohne die Kontinuität zu wahren, ein neues Programm schaffen, sind eine neue Partei; die Einleitung, die wir beantragen, giebt unseren Willen dadurch zu erkennen, daß wir das neue Programm betrachten und aufstellen und als die durch die historische Fortentwicklung der konservativen Partei und des konservativen Prinzips gebotene Entwicklung, Ergänzung und Erneuerung dieses Programms." Nun, meine Herren, die historische Kontinuität ist vollständig gewahrt; denn wenn Sie die beiden Programme vergleichen, so werden Sie finden, daß sie insofern vollständig übereinstimmen, als nur einiges Obsolete beseitigt ist, und als nur in einigen neuen, wichtigen Fragen der Gegenwart von neuem Stellung genommen wird. Meine Herren, einen Gegensatz zu dem Programm von 1876 finden Sie in dem Programm von 1892 nirgends, und deshalb entsprach es nach meiner Auffassung — wir haben uns alle auch dahin verständigt — durchaus der Sachlage, was wir in dieser Form zu erkennen geben, daß wir in dem neuen Programm die historische Fortentwickelung und den Ausbau des alten erblicken. Aber nach der Richtung hin mußten wir jede Zweideutigkeit beseitigen, damit, nachdem wir diesen Beschluß gefaßt haben, niemand mehr sagen kann, weder, daß wir zwei Programme hätten, — eines für den Sommer und eines für den Winter — noch daß das neue Programm nur den Charakter einer unwichtigen Leistung zweiten Ranges für sich in Anspruch nehme. Ich bitte Sie, meine Herren, dem ersten Punkte unseres Antrages deshalb zuzustimmen.

Was den zweiten Punkt betrifft, so ist ja — und die elementare Resonanz, die vorhin die diesbezüglichen Ausführungen in der Versammlung gefunden haben, läßt darüber keinen Zweifel — die konservative Partei fest geschlossen — und darüber giebt es innerhalb der Partei auch keinen Opportunismus — der Meinung, daß es die Hauptaufgabe der Gegenwart ist, zur Judenfrage Stellung zu nehmen. (Bravo!)

Meine Herren, die Judenfrage steht im Mittelpunkt aller politischen Dinge, sie ist der Brennpunkt des ganzen modernen politischen Lebens, und im Interesse des Vaterlandes sowohl wie der konservativen Partei muß die Partei zur Judenfrage Stellung nehmen. Daß sie es im Interesse des Vaterlandes thun muß, ist ja allgemein bekannt und heute auch schon so zutreffend hervorgehoben worden, daß weitere Ausführungen darüber sich erübrigen; sie muß es aber auch im Interesse der Partei thun; denn darüber wollen wir uns keine Illusionen machen: der unversöhnliche Todfeind des konservativen Prinzips und der konservativen Partei ist das Judenthum! (Bravo!)

Es besteht eine Todfeindschaft zwischen dem Konservatismus und dem Judenthum, und der Kampf kann und wird nicht eher endigen als mit der politischen Vernichtung eines von beiden. (Bravo!)

Es kann der politische Einfluß der konservativen Partei nicht bestehen neben dem politischen Einfluß des Judenthums. Beide verhalten sich wie Wasser und Feuer, und wenn nicht das jüdische Kapital und die Masse der jüdischen Wähler dem Freisinn zur Verfügung stände, — ich glaube wirklich, der Freisinn würde in der Gegenwart sich reduziren auf eine Reihe interessanter Versteinerungen. (Bravo!)

Was dem Freisinn die aktuelle Bedeutung in der Gegenwart giebt, ist die geschlossene Phalanx des Judenthums. Wir müßten ja Kinder sein, wenn wir nicht die urmächtigen Kräfte, die in der Volksseele schlummern, auf die richtigen Bahnen leiten wollten, wenn wir nicht der Führung dieser urkräftigen Volksströmung uns bemächtigen wollten. Wir haben ja es dadurch, daß wir die antisemitische Bewegung führen, in der Hand, sie die richtigen Wege zu leiten, daß die Schwarmgeister nicht zur Herrschaft kommen. Die Ausschreitungen des Antisemitismus haben zur Ursache, daß das antisemitische Volk lechzt nach Führung; fehlen diesem die richtigen Führer, so wählt es unrichtig, und die Folgen ergeben sich von selbst. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß die antisemitische Bewegung sofort in die richtigen Bahnen eingelenkt wird, sobald die konservative Partei die Führung in die Hand nimmt. (Stürmisches Bravo.)

Meine Herren, weil mit Naturnothwendigkeit die Auswüchse des Antisemitismus verschwinden müssen, sobald die Führung die richtige ist, deshalb bedürfen wir nach meiner Ueberzeugung keines Satzes in unserem Programm, der die Verurtheilung dieses Auswuchses zum Gegenstand hat. (Sehr richtig!)

Ich würde das schon taktisch für unrichtig halten, denn wie ich mir schon zu bemerken erlaubte — und aus Ihrem Beifall entnahm ich die Zustimmung, — schickt sich die konservative Partei an, sich der elementaren Kraft dieser Volksstimmung zu bemächtigen. Es wäre unrichtig, diese große Masse der Bevölkerung in dieser Hinsicht unnöthigerweise vor den Kopf zu stoßen. (Sehr richtig!)

Wir würden dadurch namentlich das erreichen, daß der gute konservative Kern, der in der antisemitischen Bewegung steckt, zurückgedrängt wird zu Gunsten des unkonservativen Antisemitismus. Gerade den Herren, welche in der dankenswerthesten Weise es sich zur Aufgabe machen, den nothwendigen Kontakt zwischen der konservativen und antisemitischen Bewegung aufrechtzuerhalten, welche es für ihre Hauptaufgabe ansehen, die antisemitische Bewegung im konservativen Geiste zu halten, — gerade diesen Herren entziehen wir jeden Boden für die Möglichkeit ihres Weiterwirkens. Diese Herren werden in dem Augenblicke unmöglich, namentlich in dem Sinne ihres bisherigen Wirkens unmöglich, wo die konservative Partei ohne Noth eine so scharf pointirte Stellung gegenüber dem Antisemitismus einnimmt.

Je überflüssiger dieser Satz ist, je unlogischer er ist, desto schärfer muß er wirken; denn diejenigen, auf die er gerichtet ist, müssen sich fragen: liegt denn für die konservative Partei eine Nothwendigkeit vor, diesen Satz in ihr Programm aufzunehmen? warum thut sie es? und wenn Sie zu dem Resultat kommen wie ich, daß die Nothwendigkeit nicht vorliegt, werden Sie sagen: ganz ohne Noth, bloß um eine Spitze zu zeigen, haben Sie diesen Satz in Ihr Programm aufgenommen. Ich sage, es liegt keine Nothwendigkeit vor, diesen Satz aufzunehmen; denn es versteht sich überhaupt, daß die konservative Partei wie die Ausschreitungen überhaupt, auch die Ausschreitungen des Antisemitismus mißbilligt.

In Westfalen findet man es unerträglich, daß viele Antisemiten sich am heiligen Testamente vergreifen. Wir haben den dringenden Wunsch in Westfalen, zum Ausdruck zu bringen, daß wir in dieser Beziehung eine scharfe Grenzlinie ziehen wollen. Zwischen den Verächtern des alten Testamentes und uns ist das Tafeltuch zerschnitten; soweit es nicht zerschnitten ist, ist es entzweizuschneiden. Versündigt sich aber nicht das Judenthum und die Judenpresse tagtäglich weit schlimmer am neuen Testamente? (Sehr richtig!)

Haben Sie es für geboten gehalten, einen Satz in das Programm aufzunehmen: wir verurtheilen die Ausschreitungen des Judenthums, und ist es denn nicht ganz selbstverständlich, daß wir bei allen Parteien, selbstverständlich programmmäßig die Ausschreitung bekämpfen und verurtheilen? Wir würden in unseren eigenen Reihen die Ausschreitungen verurtheilen, wir bekämpfen ja die Ausschreitungen des Opportunismus auf das äußerste. (Sehr richtig!) Ein konservatives Programm hat sich doch wirklich nur mit sich selbst zu beschäftigen: es ist doch nur die Aufgabe des konservativen Programms, seine eigenen Angelegenheiten zu ordnen; es hat doch nicht die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß bei den Antisemiten alles in Ordnung ist. (Bravo!)

Das geht uns gar nichts an.

Es ist ist deshalb gleichmäßig überflüssig und unlogisch, sich eine einzelne Partei herauszusuchen und auf diese einzelne Partei gewissermaßen eine erzieherische Einwirkung ausüben zu wollen. (Heiterkeit. — Bravo!)

Und ich wiederhole, meine Herren: Je deutlicher hervortritt, — und das muß hervortreten —, daß dieser Satz unlogisch und überflüssig ist, desto schärfer wirkt seine Spitze gegen diejenigen, welche wir nicht von uns abstoßen, sondern welche wir zu uns heranziehen und zu uns erziehen wollen. Auf die Massen des antisemitischen Volkes muß die konservative Partei und das konservative Programm eine Wirkung ausüben; sie müssen beruhigt werden; die große Energie, die in ihnen lebt, muß in die richtigen Bahnen gelenkt werden; es muß das Spiel der Kräfte so geleitet werden, daß alle Kräfte im Volke sich auf diesen einen Punkt richten. Ich bitte Sie deshalb dringend — und da schon durch das ganze Land die große Befürchtung geht, daß durch diesen Satz dem konservativen Programm die Spitze abgebrochen werden würde — diesen Satz zu streichen. (Bravo!)

Meine Herren, es wird die aktuelle Kraft des konservativen Programms durch diesen Satz gelähmt werden; denn weite Kreise der Bevölkerung erblicken in diesem Satz wiederum einen Kompromiß, eine Abschwächung des ursprünglichen Gedankens und gewissermaßen einen Diener gegenüber dem Judenthum. (Sehr richtig! Bravo!)

Man faßt — und ich glaube, zum Theil nicht mit Unrecht — diesen Satz dahin auf, als solle und müsse er zu erkennen geben, daß in Bezug auf die Judenfrage die angeborene Farbe der Entschließung bei der konservativen Partei immer noch von des Gedankens Blässe angekränkelt ist, daß man immer noch zu zaghaft in der Anschneidung dieser großen Frage ist, daß man sich ein Hinterthürchen offen lassen will, und daß man mit einem gewissen Pharisäismus die große verkämpferische Bedeutung der antisemitischen Bewegung [illegible] erkennt, aber doch in der Lage sein will, an seine Brust zu schlagen und zu sagen: Ich danke dir, mein Gott, daß ich nicht so bin wie diese. Damit ist nicht gesagt, daß wir nicht das „schiedlich, friedlich" aufrecht erhalten wollten gegenüber den spezifisch antisemitischen Parteien; es ist nicht gesagt, daß wir nicht nach wie vor getrennt marschiren wollen. Eine Vermischung der Parteien ist durchaus nicht gut. Aus diesem Grunde hat der Kartellgedanke einen so kläglichen Schiffbruch gelitten. Es ist nicht gut, die Parteien zu vermischen, aber wir wollen sie auch nicht künstlich von uns abstoßen.

Ich weiß ja, daß von einem Theile unserer Freunde der Satz aus dem Grunde befürwortet wird, weil man es für nöthig hält, gegenüber gewissen Erscheinungen in der antisemitischen Welt sich zu salviren, sich zu hüten, daß nicht gewisse Persönlichkeiten uns an die Rockschöße gehängt werden, und damit man nicht so unklare Ideen wie Verstaatlichung des Grundbesitzes, die bei den Antisemiten irrlichternd auftauchen, uns in die Schuhe schieben kann. Das ist absolut unmöglich; die Grundsätze des Programms schließen es ja aus, und andererseits wäre es, wenn es gelänge das kleiner Uebel.

Aber ich glaube, Sie können diese Befürchtung ganz aufgeben. Die große, geschlossene und angesehene konservative Partei unterliegt nicht entfernt der Möglichkeit, daß man sie zusammenwürfe mit einzelnen irregulären, momentanen Erscheinungen, die sofort von der Bildfläche verschwinden werden, sobald an ihre Stelle die berufenen Führer des deutschen Volkes getreten sind.

Wir würden mit gesenkter Flagge und gebrochenen Flügeln zu unseren Wählern in das Land zurückkehren, wenn es nicht gelänge, diesen Satz zu streichen. Man würde den Eindruck haben: die Schlacht ist geschlagen auf dem konservativen Parteitage; aber gesiegt hat nicht das konservative Prinzip, sondern gesiegt hat der Opportunismus und die Courtoisie. Es muß die konservative Partei sich frei machen von den Rücksichten der Courtoisie, — dieses Wort in jedem Sinne seiner möglichen Bedeutung genommen.

Der dritte Punkt unseres Antrages ist der, mit diesen Abänderungen den Entwurf zum Programm zu erheben. Es liegt ja auf der Hand, daß in einer zahlreichen und politisch so wohl informirten Versammlung viele sind, welche sowohl in stilistischer als in anderer Beziehung in der Lage wären, Verbesserungen an dem Programm vorzunehmen; aber es ist dringend nothwendig, in dieser Beziehung eine gewisse Entsagung zu üben. Wir haben ja alle das Programm als das Resultat einer monatelangen angestrengten und mühseligen Arbeit entgegengenommen. Wir müssen in Bezug auf die Dinge, wo wir nicht grundsätzlichen Anstoß nehmen,

---

„Auch ich möchte diesen Punkt nicht unter den Tisch fallen lassen", meinte Pastor Noll. „Das waren meine edelsten Erfolge und die schönsten Früchte meiner Lebensarbeit, daß ich manchen Jüngling, der gerade innerlich am Scheidewege stand, zur Entscheidung für Christum helfen durfte. Heute noch ist es mein Stolz und mein Glück, daß einige meiner Bauernjungen aus meiner ersten Gemeinde als Missionare draußen in der Heidenwelt stehen, und noch manche andere wirklich lebendige ganze christliche Persönlichkeiten geworden sind, die hoffentlich Blumhardts Wort wahr machen werden:

„Es müssen aller Orten Säulen sein, damit die Welt nicht bricht." (Schluß folgt.)

König Ludwig II. von Baiern.*)

Wenn das Dampfschiff auf dem Staremberger See die Station Berg verlassen hat, so wenden sich alle Augen der reisenden Touristen sofort nach jener Uferseite, um das Kreuz über dem Wasserspiegel zu erspähen, das die Stelle bezeichnet, wo der Leichnam des Königs gefunden wurde. Ein sagenkundiger Mann, der da auf Deck steht, und hinblickt über die bewegten Wellen zu dem verhängnißvollen Gedenkzeichen der entsetzensvollen Begebenheit kann sich leicht in die Zeiten des Saxo Grammatikus versetzt glauben, in dessen Büchern die schaurigen Geschichten von alten Seekönigen und berserkerhaften Menschen zu lesen sind. Aber das Kreuz im Staremberger See erzählt eine Begebenheit, die nicht älter als sechs Jahre ist, und in der rasch lebenden, mit rasender Eile dahinbrausenden Zeit scheint doch das Ereigniß schon in unendlicher Ferne zurückzuliegen, wie wenn wir auf dem Vierwaldstätter See führen, und nach der Tellsplatte hinüberblickten.

Wo findet sich die Chronik, die uns das Kreuz im Staremberger See so zu deuten und zu erklären vermöchte, wie es die alten Schweizer mit ihrer Tellsplatte verstanden haben? Der Tourist auf dem eiligen Dampfschiff macht vielleicht zu seinem Nachbarn die trockene Bemerkung: wie es eigentlich gewesen sei, wisse man nicht, und in wenigen Minuten ist Berg und Königskreuz den Blicken verschwunden und wahrscheinlich auch vergessen.

Die ungeheure Königstragödie ist ein historisches Ereigniß geworden und wir leben der angenehmen Ueberzeugung, daß kaum jemand in anderer, als objektiver und leidenschaftsloser Stimmung sich mit dem traurigen Gegenstande vertraut zu machen suchen mag. Es ist daher als erfreulich zu bezeichnen, daß ein berufener Mann, der durch seine Beziehungen zu dem unglücklichen Könige bekannt ist, die Feder ergriffen hat, um dem wirklich vorhandenen historischen Bedürfnisse zu genügen, über Ludwig II. ein verständiges, ruhiges Wort zu sagen. Es sind mancherlei Bücher erschienen, von denen das Gegentheil gilt und von denen man behaupten kann, sie seien gerade nur gut genug gewesen, um zu beweisen, daß Parteilichkeit selbst vor dem härtesten Schicksale der Menschen nicht stille zu stehen vermag. Einer solchen Literatur gegenüber durfte ein Mann wie Karl v. Heigel als geeigneter und beredter Wortführer auftreten, und es ist nicht zu zweifeln, daß seine besonnene Darstellung vieles beitragen wird, um eine richtigere, geläuterte Anschauung von dem Leben und Sterben des unglücklichen baierischen Monarchen zu verbreiten.

Herr v. Heigel wollte nun zwar kein eigentliches Geschichtsbuch liefern, aber seine Ausführungen umfassen doch alle Theile der Wirksamkeit und Regierung Ludwigs II in so vollständiger Weise, daß man nach vollendeter Lektüre des Werks sich gleichsam biographisch gesättigt erachtet. Man vergißt gerne die vielen Punkte und Gedankenstriche, die der Verfasser im Laufe der Darstellung seinen Lesern vorsetzt, weil man die Empfindung erhält, daß doch die Hauptsachen besprochen worden sind, wenn auch eine strengere Form der Erzählung in mehr als einem Betracht noch erwünschter gewesen wäre.

Die tückische Krankheit des Königs Ludwig ist von der gegen seine Regierung erbitterten Opposition in Baiern dazu benutzt worden, das Urtheil über sein Thun und Lassen überhaupt zu trüben und zu verschlimmern. Wenn es nach gewissen Schriften wahr wäre oder glauben gemacht werden könnte, daß König Ludwig schon vom Beginn seiner Regierung an nicht völlig zurechnungsfähig gewesen sei, so würde der königstreuen altbaierischen Bevölkerung manches als Nationalunglück vorzustellen leichter gemacht sein, was sich in der entscheidenden Epoche dieser Regierung zugetragen hat. Und welche Thatsachen sind dies! welche Ereignisse unserer deutschen Einheitsgeschichte sind in dem Leben Ludwigs II. begriffen! In der That! wer den traurigen Muth besitzt, die Krankheitsgeschichte dieses Königs bis in die Zeiten seines Regierungsantritts zurückzuschieben, der kann bei dem königstreuen Volke Baierns einen ganz ansehnlichen Grad von Beunruhigung hervorbringen. Dergleichen Versuche sind geschehn; und es ist eine werthvolle und hohe Aufgabe deutscher Geschichtsschreibung, denselben entgegenzutreten. Herr v. Heigel, der eine spitze und geistreiche Feder führt, hat es vortrefflich verstanden, die mitunter geradezu lächerlichen Anwürfe gegen die Regierung Ludwigs II, insbesondere inbetreff seiner künstlerischen Tendenzen und seiner religiösen und kirchlichen Maßnahmen zu kennzeichnen. Er scheut sich dabei nicht, von seiner Landsmannschaft den freiesten Gebrauch zu machen und den Münchener Philister bei seinen notorisch schwachen Seiten zu packen. Daß viele Urtheile des Münchener Publikums, namentlich in der Zeit, da Richard Wagner in des Königs persönlicher Umgebung war, den Ursprung der Bierbank nie verleugnet haben, wer möchte dies heute leugnen? Gehört es nicht etwa zu den lehrreichen Thatsachen der Geschichte der sechsten Großmacht, wenn man sich an einem schönen Sommernachmittag heute auf dem Bayreuther Festspielplatz der lustigen Demonstrationen der Münchener Brauhauspolitiker erinnert, da sie wegen des Maestro doch im Begriffe waren, dem zweiten Ludwig die Erinnerungen an die Lola-Ereignisse des ersten wieder zu erwecken?

Der gelungenste Theil des Heigelschen Buchs scheint uns gerade in der Schilderung des Regierungsbeginns des Königs zu liegen. Daß man thatsächlich allen Grund gehabt habe, dem geistvollen jungen Fürsten jede Hoffnung entgegenzubringen, ist so ansprechend von Herrn v. Heigel geschildert worden, daß man diesen Theil seines Buches mit wahrer Freude lesen mag. Dabei fehlt es aber auch nicht an sehr feinen Beobachtungen, zum Theil auf weniger bekannte oder beachtete Thatsachen gestützt. So ist das Kapitel der Erziehung des jungen Königs recht wenig beachtet. Der Vater Ludwigs hat sich bekanntlich eines in Gelehrten- und Schriftstellerkreisen so hohen Ansehens erfreut, daß ein Zweifel an der Erziehungsweise des Thronfolgers geradezu als Bosheit erachtet worden wäre. Galt doch König Max als der Freund von allen möglichen gelehrten und berühmten Männern, als der deutsche Fürst, dem man ohne Zweifel die Abfassung einer Kyropädie übertragen hätte, wenn sich die höchsten Herrschaften, wie es damals den Anschein hatte, zu einem neuen bisher unbekannten Erziehungssystem ihrer Söhne entschließen sollten.

Man kann leider nicht behaupten, daß sich die von König Max so eifrig eingesogene Philosophie und gelehrte deutsche Pädagogik an der Erziehung seiner Söhne bewährt hätte. Wenn man vielmehr Gründe für mancherlei bedauerliche Umstände in der Geschichte Ludwigs II. aufsuchen wollte, so müßten sie lediglich in der Erziehung des jungen Königssohnes gefunden werden. Wir wollen dabei nicht auf den sonderbaren Irrthum der damaligen Generation im allgemeinen zu sprechen kommen, der darin bestand, daß man glaubte, ein künftiger König müsse möglichst bürgerlich erzogen, das hieß denn wohl im Verstand so manches Pädagogen, möglichst philisterhaft und kleinmeisterlich gehalten werden. Wir wollen diese kindliche Vorstellung des neunzehnten Jahrhunderts, worin sich der ganze bis zum Größenwahn gesteigerte eingebildete Gelehrtenpedantismus des Zeitalters gezeigt hat, an diesem Orte nicht im einzelnen besprechen. Von Aristoteles an bis auf Machiavell, Bacon und Friedrich den Großen würden sich alle Menschen, die jemals über Fürstenerziehung nachgedacht haben, bucklig lachen, wenn man ihnen sagen könnte, daß im neunzehnten Jahrhundert in Familien gekrönter Häupter die Idee aufgekommen sei, man müsse seine Kinder möglichst bürgerlich-recte philisterhaft erziehen, um sie für Königsthrone geeignet zu machen!

Und in der That! so groß auch die Verehrung sein mag, die man dem Könige Max schuldet, in Beziehung auf seine Söhne kann ihm der Vorwurf nicht erspart werden, daß er sich in einem schweren Irrthum befand. Sollte es denn für möglich gehalten werden, daß König Ludwig II. so vollständig fern von allen körperlichen Uebungen gehalten worden ist, daß er viel schlimmer als ein sonstiger Gymnasiast von frühem Morgen bis zum späten Abend mit Schulstunden überhäuft worden war? Muß man denn nicht staunen, wenn man liest, daß der junge König, als er zur Regierung kam, noch kaum einen Begriff von dem Werth des Geldes hatte, da er über ein nur nach Kreuzern berechnetes Taschengeld zu verfügen gelernt hatte! Und welchen Eindruck muß die Behauptung des Herrn v. Heigel machen, wenn wir erfahren, daß die jungen Prinzen selbst in der nothdürftigen Ernährung so knapp gehalten worden sind, daß Ludwig II. als Knabe die ihm von Hausgenossinnen auf dem Lande etwa zugebrachten Eßwaaren sehr gerne annahm. Und zu alledem ein System von schweren und unfroh machenden Strafen! Von militärischer Ausbildung keine leiseste Spur! Nicht einmal das Interesse für den Soldatenstand war geweckt worden! Dagegen wurden sehr viele Prüfungen gehalten, eine Einrichtung, die sich in Baiern, genau wie in Oesterreich, an dem Hofe aus den Zeiten der Jesuitenlehranstalten erhalten zu haben scheint. Ueberhaupt dürfte die Erziehung König Ludwigs recht viel Aehnlichkeit mit derjenigen des Kronprinzen Rudolf von Oesterreich gehabt haben. Denn der Unterricht dieses jungen Mannes war bis zu dessen 18. Lebensjahre vollendet worden, und so umfassend, daß alle die, welche berufen wurden, den stunden-, ja tagelangen Prüfungen des unglücklichen Knaben beizuwohnen, nicht genug zu staunen vermochten, wie nur der Kopf und das Gedächtniß eines in der körperlichen Entwickelung begriffenen Menschen dergleichen Anstrengung auszuhalten vermag.

Das traurige Resultat dieser verkehrten Erziehungsvorstellungen des aufgeklärten neunzehnten Jahrhunderts war ja in beiden Fällen das gleiche!

Treffliche Anlagen wurden durch Ueberanstrengung und eine unpassende Härte der Forderungen zwar zu einer raschen geistigen Entwickelung getrieben, aber die Treibhauspflanze zeigte keine Widerstandskraft im Kampfe des Lebens und für den Beruf des Fürsten war die geistige Kost nicht gemacht; man besaß einen herrlich geschulten Gymnasiasten; aber sollte daraus ein König werden, so hätte das Leben erst noch eine Erziehung geben müssen, die der frühe Tod des Vaters leider versagte. Herr v. Heigel

*) König Ludwig II. von Baiern. Ein Beitrag zu seiner Lebensgeschichte von Karl v. Heigel. Stuttgart, Adolf Bonz u. Comp. 1893.